

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Erhalten bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 20 M., durch andere Zusteller eingetragen in der Stadt monatlich 22 M., auf dem Lande 24 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 70 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postbelegformulare unserer Zusteller und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 20 M. für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Restzeilen, die 2spaltige Korpuszeile 30 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Korpuszeile 10 M. Nachmittags-Beleg 15 M. Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernahmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Beitrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

82 Jahrgang. Nr. 92.

Donnerstag / Freitag 9. / 10. August 1923

## Amtlicher Teil.

Auf Blatt 140 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma Walter Riemann in Wilsdruff und als deren Inhaber der Kaufmann Robert Walter Riemann in Wilsdruff eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Großhandel mit Lebens- und Futtermitteln, Getreide, insbesondere Raufutter und Holz.

Amtsgericht Wilsdruff, am 31. Juli 1923.

A Reg. 97/23

## Höchstpreise für Milch und Milch-erzeugnisse.

Das Wirtschaftsministerium hat unter dem 4. August 1923 für in Sachsen gewonnene Milch und Milchzeugnisse folgende Erzeugerhöchstpreise bei Abgabe an Wiederverkäufer festgesetzt:

### A. Für Milch.

- a) für das Liter Vollmilch 10 000,— M.
- b) für das Liter Magermilch 6 000,— M.

### B. Für Butter und Speisequark mit höchstens 75% Wassergehalt.

#### I. Für Kuhhalter ab Gehöft.

- a) Butter für das Pfund 115 000 M.
- b) Speisequark für das Pfund 16 600 M.

#### II. Für gewerbliche Molkereien ab Molkerei.

- a) Butter das Pfund 130 000 M.
- b) Speisequark für das Pfund 19 900 M.

Auf Grund dieser Verordnung werden für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Meißen einschließlich der Städte Rossen und Lommatzsch (ausgenommen also nur die

Stadt Wilsdruff) unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 31. Juli 1923 mit Wirkung vom 8. August 1923 ab nach Gehör der Preisprüfungsstellen für den Kleinhandel folgende Höchstpreise festgesetzt:

- a) für Vollmilch 11 500 M. je Liter beim Erzeuger ab Gehöft (Verlängerungspreis) 14 200 " " " beim Kleinhändler, beim Verkauf ab Wagen und in den Verkaufsstellen der Molkereien für molkereimäßig behandelte Milch in Orten über 3000 Einwohner
- b) für Butter 126 000 " je Pfund beim Erzeuger ab Gehöft 146 000 " " " ab Molkerei oder deren Verkaufsstellen 184 000 " " " beim Kleinhändler für Landbutter 146 000 " " " beim Kleinhändler von sächsischen Molkereien bezogene mit deren Namen ausgeschlagene Butter.
- c) Speisequark 18 000 " " " beim Erzeuger ab Gehöft 22 000 " " " beim Kleinhändler oder in den Verkaufsstellen der Molkereien.

Die in dieser Bekanntmachung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 — Reichsgesetzblatt Seite 516 — mit Nachträgen und verstehen sich einschließlich der Umsatzsteuer.

Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, wird auf Grund der einschlägigen reichsrechtlichen Bestimmungen mit Gefängnis und Geldstrafe oder einer dieser Strafen in schweren Fällen mit Zuchthaus, bestraft.

Meißen, Rossen und Lommatzsch, den 6. August 1923.

Z II 165.

Die Amtshauptmannschaft und die Stadträte zu Rossen und Lommatzsch.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Der Reichskanzler empfing die Führer der Reichstagspartei zu einer Besprechung über die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagsarbeiten.

\* In Essen sind drei Sprengstoffanschläge versucht worden, worauf neue Sanktionen verhängt wurden.

\* Die Franzosen haben aus dem besetzten Gebiet abermals 205 Eisenbahnen mit Familien ausgewiesen.

\* Nach einer Londoner Meldung ist dort bereits die Drucklegung des Entwurfs einer britischen Note an Deutschland erfolgt.

\* Der Armeekanal wurde von dem amerikanischen Schwimmer Sullivan in 27 1/2 Stunden durchschwommen.

## Lage der Not.

Wie es heißt, soll der Reichstag nur zu einer kurzen Tagung zusammenbleiben. Und doch sind die Aufgaben riesengroß, die vor ihm stehen, jetzt, da Deutschlands Schicksal wieder auf des Messers Schneide steht. So riesengroß, daß wohl mancher an der Bewältigung dieser Aufgaben zweifeln mag. Täglich, ja stündlich wachsen diese Aufgaben.

Nicht allzu groß ist das Vertrauen, das man im Volke zu seiner Vertretung, zum Deutschen Reichstag hat. Man findet dieses starke Mißtrauen mit dürren Worten ausgesprochen selbst in der Presse solcher Parteien, die ihrem Wesen nach auf dem Boden des Parlamentarismus stehen. In Tagen ärgster Not verbrachte der Reichstag allzu viel Zeit mit nutzlosen Auseinandersetzungen. Man kommt nicht um einen Schritt vorwärts, wenn man sich nur damit beschäftigt, dem anderen oder den anderen Parteien die Schuld dafür zuzuschreiben, wie die Dinge jetzt stehen. Immer war es so, ist es so, soll es denn jetzt noch so bleiben? Wir haben in Deutschland jetzt ein parlamentarisches System mit Unwahrscheinlichkeit, dem Fortfall der Nachwahl usw. Hat es das Parlament dem Volke näher gebracht? Früher mußte sich der Abgeordnete seinen Wahlkreis selbst erkämpfen, jetzt macht das die Partei, oder ein zugkräftiger Spitzenkandidat schleppt die anderen Abgeordneten hinter sich her, die vielfach nur sozialpatriotische Größen sind. Und das Ventil, durch das sich eine veränderte politische Einstellung der Wählermassen Luft machen konnte, die Nachwahl, ist abgeschafft, und das einmal bestehende Parlament erhält dadurch etwas Starres und Unbewegliches, aber auch stark Selbstbewußtes und Autonomes. Wenn es nur auch immer der Verpflichtung eingedenk wäre, die auf ihm liegen!

Verpflichtungen heute mehr denn je, denn die Wirtschaftskatastrophe zieht immer größere Kreise, weil sie außerdem gerade in eine Zeit der Währungsreform hineintrifft. Der Dollar war am Montag in rasendem Sprunge nach oben auf 2 000 000 gestiegen, am Mittwoch weiter auf 3 300 000 gestiegen — und kein Mensch weiß, wann er und ob er überhaupt einmal Halt machen wird. Das Ventil war durch die Devisenverordnung mit ihrer Einführung des Devisenzwangsturfs allzu fest zugeschraubt, jetzt — um das Bild weiter zu gebrauchen — bläst es nach allen Seiten ab. Bekanntlich ist wochenlang unter der Herrschaft des Zwangsturfs der Devisenbedarf zusammengeschmälert worden. Die lebenswichtigsten Industrien erhielten, obwohl sie teilweise

auswärtigenmarkt angewiesen waren, so gut wie gar keine Devisen, die Lager waren leer geworden — jetzt ist der Rohstoffmangel die Peitsche, die den Devisenmangel hochtreibt. Margarine gab es nicht mehr, weil die Industrie nicht mehr in der Lage war, Materialien im Ausland einzukaufen. Hinsichtlich der Lebensmittellieferung stehen die Dinge ähnlich kritisch; wir befinden uns zurzeit in der kritischen Lage, unsere Produktion verzehrt zu haben und noch nicht über die neue Ernte verfügen zu können. Auch hierin sind wir also auf Einfuhr angewiesen, und der Bedarf am Devisenmarkt schwillt ins Himalayahafte.

Wirtschaftliche Katastrophe, innerpolitische Auseinandersetzungen, das drohende Gespenst der Hungersnot — das ist die Situation, die der Reichstag vorfindet. Und neben der Aufgabe, hier helfend und abwehrend einzugreifen, uns wenigstens mit klaren Mitteln über die furchtbare Not hinwegzuhelfen, bis die Stunde, die schwer errungene, unsern endlichen Sieges im Ruhrgebiet kommt, steht noch jene andere, die der Einbruch in jenes Land stellt. Alles, ganz Deutschland einzustellen auf diese eine, einzige Aufgabe, und sie zu bewältigen, alle Kräfte des Volkes und der Arbeit zu konzentrieren. Das Krisengerede über einen Sturz Tunos ist vererbt und man lehnt es in der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft auch ab, einzelne Minister zum Rücktritt zu zwingen. Das allerdings bei den Linksparteien geplant wird, ist ziemlich unbekannt.

Von allen Seiten wird gerufen, ja geschrien, daß „etwas“ geschehen müsse. Wobei man sich aber sofort in die Haare gerät, wenn von irgendeiner Seite „etwas“ vorgeschlagen wird. Welt ja jeder sein „System“ hat, oder sein „Programm“ oder gar, was das Furchtbarste ist, seine „Prinzipien“. Unsere Situation ist aber so zugespitzt und gefährlich, daß wir uns alle diese Vorurteile nicht leisten können, sondern die Auseinandersetzungen über alle jene mehr oder weniger schönen Dinge auf später verschieben müssen.

Sieben Monate hindurch schon währt unser Kampf im Ruhrgebiet; niemand in Deutschland hätte damals im Januar, als die Franzosen einbrachen, geglaubt, daß wir solange Widerstand leisten müßten und — könnten. Wir wissen aber, daß die größere Hälfte der Kampfzeit hinter uns liegt und daß jetzt, da die Franzosen in die Industrien und Bergwerke hineingreifen wollen, die Dinge der Entscheidung zutreiben. Möge Deutschlands Schicksalsstunde nicht, wie so oft, auch jetzt wieder ein kleines Geschlecht finden; mögen wir nicht wieder, in zu spätem Wortwurf, von uns selbst sagen müssen, daß wir die Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand gestellt haben.

## „Bis zum Ende!“

Hilferding über das Ziel des Ruhrkampfes.

Der bekannte deutsche Sozialist Hilferding erklärte einem Vertreter des Pariser Mattes „Le Nouvelle“, es könne von einer Verständigung nicht die Rede sein, solange die Ruhrbesetzung andauere, die nicht als Druckmittel, um Zahlungen zu erlangen, sondern als ständige Bedrohung angewendet werde, um Deutschland zu zerschlagen.

## Der passive Widerstand sei nationale Pflicht.

Von der Regierung, vom ganzen Lande, von den Parteien der ärmsten Rechten bis zu den Kommunisten, von den übriggebliebenen Resten der Militärpartei bis zu den Gewerkschaften. Frankreich möge durch seine Forderungen beweisen, daß es Gerechtigkeit wünsche, damit man, erklärte Hilferding, dem Volke zeigen könne, daß das, was Frankreich wolle, Reparationen sind und nicht die Vernichtung Deutschlands, dann werde man aufrichtig und loyal am Wiederaufbau mitarbeiten; bis dahin sei keine Verhandlung möglich. Hilferding fuhr fort:

Deutschland hungere nach Frieden und Wiederaufbau. Es könne und werde 30 Milliarden Goldmark bezahlen. Allerdings sei das eine Bitter, die nicht überschritten werden dürfe.

Auf die Frage des Berichterstatters, ob eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe, und ob eine soziale Revolution die Schwierigkeiten überwinden werde, antwortete Hilferding: „Zählen Sie nicht darauf; wir werden bis zum Ende kämpfen, viel länger, als man voraussetzt.“ Die Industrie werde alle notwendigen Opfer bringen; Konzessionen und Abkommen zwischen Industriellen und Arbeitern seien möglich. Frankreich habe den Geist des Widerstandes allgemein gemacht. Die soziale Frage, so akut sie auch sei, werde zweifellos an zweiter Stelle treten, angesichts des gemeinsamen Wertes, die nationale Verteidigung sicherzustellen. Der Staat werde für sein Budget den Goldwert annehmen. Das sei die erste Aufstellung der Lage. Wenn die Reichsbank die Goldabschätzung für die Kredite vorgenommen habe, dann könne man dank den vorhandenen Devisen die Privatwirtschaft weiter finanzieren, und zwar auch mit Hilfe der jetzt geplanten langfristigen Goldanleihe.

## Der Standpunkt Italiens.

### Eine Note an England.

Die italienische Antwort auf die englische Note stützt sich auf den Standpunkt, den die italienische Regierung bei der Konferenz in London im Dezember 1922 und in den nachfolgenden Phasen der Reparationsfrage eingenommen hat. Die italienische Antwort stimmt im allgemeinen den Absichten der englischen Regierung zu, die darauf abzielen, eine europäische Entspannung herbeizuführen durch Ausrechterhaltung der Einigkeit unter den Alliierten und durch rasche Regelung der Reparationsfrage und der damit zusammenhängenden Fragen, insbesondere derjenigen der interalliierten Schulden. Die Antwort führt der Reihe nach die verschiedenen Punkte an, denen Italien besonderen Wert beilegt, nämlich die gleichzeitige Behandlung der deutschen Reparationen und der interalliierten Schulden, die Mitverantwortlichkeit Deutschlands für die Reparationsleistungen der kleineren Staaten, die Reparationen durch Warenlieferungen und die Kosten des Wiederaufbaus der verwüsteten Gebiete. Italien besteht überdies auf seinem Vorschlag betreffend Pfänder und Garantien, einem Vorschlag, der sich mit den jüngsten durch Belgien gemachten Vorschlägen vereinbaren ließe. Was die Frage der